

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung

Kommunale Abfall-Hoheit im Kreislaufwirtschaftsgesetz absichern

Antrag der Fraktion Kasseler Linke

- 101.17.255 -

➤ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel fordert die Hessische Landesregierung auf, dem Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) - Entwurf des Bundes in der abschließenden Bundesratsbefassung nicht mitzutragen, da ansonsten die kommunale Abfallwirtschaft massiv gefährdet wird.

In einem neuen KrWG ist stattdessen die kommunale Hoheit über die Wertstoffsammlung und -verwertung aus privaten Haushalten als unverzichtbarer Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge sicherzustellen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Vermittlungsausschuss des Bundesrates, sich entsprechend diesen Grundsätzen einzusetzen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, Stadtverordnete Bayer, Petersen
und Häfner

Ablehnung: CDU, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Dem geänderten Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Kommunale Abfall-Hoheit im Kreislaufwirtschaftsgesetz absichern, 101.17.255, wird **zugestimmt**.

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Schmidt
Schriftführerin